

VW verschiebt den Kassensturz

Der Konzern vertagt Bilanz und Hauptversammlung. Denn die Höhe der Rückstellungen ist noch nicht geklärt.

Von Christina Lohner, Thomas Kruse und unseren Agenturen

Wolfsburg. Wegen offener Fragen im Zusammenhang mit dem Abgas-Skandal hat sich der Vorstand des VW-Konzerns gestern entschieden, seine Jahresbilanz um vier bis sechs Wochen zu verschieben. Auch die Hauptversammlung wird daher später stattfinden, wie Volkswagen gestern mitteilte. Eine solche Verschiebung ist besonders bei Dax-Unternehmen höchst ungewöhnlich und einem Sprecher zufolge die erste in der VW-Geschichte.

Ziel sei größtmögliche Klarheit, betonte dieser. Der Konzern braucht nach Informationen unserer Zeitung mehr Zeit, um die Höhe der Rückstellungen für die Folgekosten der Affäre zu berechnen. Bislang waren 6,7 Milliarden Euro für die Nachrüstung der betroffenen Motoren eingeplant. Mitte Januar hatte Konzernchef Müller in Detroit noch gesagt: „Wir vermuten, dass das genug sein sollte.“ Diese Einschätzung hat sich inzwischen offenbar geändert.

Hintergrund der Entscheidung ist die völlig unklare Situation in den USA. So hatten die Behörden dort zuletzt einen ersten Rückrufplan für die knapp 600 000 manipulierten Autos abgelehnt und Nachbesserungen angelehnt. In den USA drohen VW auch der Rückkauf von rund 100 000 Wagen sowie milliardenschwere Strafen. Gestern gab der zuständige Generalbundesanwalt bekannt, dass nun auch der Bundesstaat New Jersey ein Verfahren eröffnet

hat. VW wird vorgeworfen, durch Manipulations-Software Verbraucher getäuscht und das Luftreinhaltegesetz verletzt zu haben.

Der Kurs der VW-Vorzugsaktie war gestern kurzfristig erneut unter die Marke von 100 Euro gerutscht, zeigte sich nach der Ankündigung der Terminverschiebungen aber stabil bis positiv. In einer ersten Reaktion war es allerdings zunächst für kurze Zeit steil nach unten gegangen. Frank Schwöpe, Autoanalyst bei der Nord-LB, kann die Verschiebung nachvollziehen. Diese sei vernünftig, wenn bei der Veröffentlichung des Jahresabschlusses dann Klarheit herrsche, die der Konzern jetzt noch nicht habe.

Falls die Rückstellungen am Ende höher ausfallen, wäre das dem Analysten zufolge keine Überraschung. Insgesamt rechnet Schwöpe infolge des Abgas-Skandals mit Belastungen von 20 bis 30 Milliarden Euro. Unabhängig davon sei es aber ordentlich gelaufen. Vor Sondereinflüssen wie den Rückstellungen erwartet VW nach eigenen Angaben ein operatives Ergebnis auf Vorjahresniveau. Damals hatte Europas größter Autobauer 11,1 Milliarden Euro Gewinn gemacht.

Aufsichtsrat bewertet Verschiebung als nicht dramatisch

Der Vorsitzende der Volkswagen-Belegschaftsaktionäre, Friedrich Wilhelm Schlichting, begrüßte die Entscheidung: „Aktionäre stellen Fragen“, sagte er unserer Zeitung. „Wenn man die noch nicht ausrei-



Konzernchef Matthias Müller im Januar bei der „North American International Auto Show“ in Detroit. Damals rechnete er bei der Höhe der Rückstellungen noch mit 6,7 Milliarden Euro.

Archivfoto: Uli Deck/dpa

chend beantworten kann, macht die Einberufung einer Hauptversammlung keinen Sinn, deren Organisation schließlich auch Geld kostet.“ Für ihn sei die Entscheidung vertrauensfördernd.

In VW-Aufsichtsratskreisen hieß es hingegen, die Verschiebung werde als Krisenindikator gewertet. Dennoch sei die Absage kein Drama, verlautete aus dem Umfeld der Kontrolleure. Innerhalb des Gremiums habe Übereinkunft bestanden, dass der Schritt richtig sei. Denn man gehe davon aus, dass dadurch die Qualität des Jahresabschlusses verbessert werde. Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil (SPD), der im Aufsichtsratspräsidium sitzt, war

laut seiner Sprecherin wichtig, dass der Zeitplan für die Aufklärungsergebnisse zu den Manipulationen nicht verschoben wird. Diese sollen nach Angaben von VW wie geplant in der zweiten Aprilhälfte veröffentlicht werden.

Seine Jahresbilanz hatte der Konzern ursprünglich am 10. März in Berlin vorstellen wollen, die Hauptversammlung sollte am 21. April in Hannover stattfinden. Die Bestätigung des neuen Aufsichtsratschefs Hans Dieter Pötsch durch die Aktionäre bei der Hauptversammlung verzögert sich nun ebenfalls.

Außerdem vertagt in der Folge auch die VW-Dachgesellschaft Porsche SE, die gut 50 Prozent

der Stimmrechte hält und so die VW-Beteiligungen der Familien Porsche und Piëch verwaltet, die Vorstellung ihres Jahresabschlusses. Bisher war die Porsche SE von einem Nachsteuerergebnis von 0,8 bis 1,8 Milliarden Euro für 2015 ausgegangen. Gestern betonte das Unternehmen erneut, diese Prognose stehe unter Vorbehalt.

Zulieferer leiden unter Auftragsrückgang von VW

Die VW-Zulieferer schlagen bereits Alarm. „Das Ordervolumen geht zurück, teilweise über alle Baugruppen hinweg“, sagte gestern der Chef des Arbeitgeberverbandes Niedersachsen-Metall, Volker Schmidt. Er berief sich auf eine Umfrage unter mehr als 100 Zulieferern vom Januar. Die befragten Betriebe beklagten sich zudem massiv über fehlende Informationen vom Konzern. „Die Zulieferer leiden unter der Lage, dass sie keine Informationen, keine Erklärungen erhalten. Aus dieser Unkenntnis erwächst große Unsicherheit“, so Schmidt. „Mich betrübt die Situation bei VW extrem.“ Details zum Bestellrückgang nannte er nicht. Es sei jedoch eine Trennlinie zu erkennen, die zwischen der Zuliefererarbeit für Diesel und für Benziner verlaufe.

Reden Sie mit!

Was halten Sie von der Entscheidung, die Jahresbilanz zu verschieben?

braunschweiger-zeitung.de

VW ändert Pläne zu kleinem Geländewagen

Von Christina Lohner und unseren Agenturen

Wolfsburg. Volkswagen hat offenbar die Pläne für den dreitürigen Stadt-Geländewagen Taigun aufgegeben. Beim Genfer Autosalon im März wird nach Informationen unserer Zeitung dafür ein anderer Geländewagen der Kernmarke vorgestellt, der kleiner ist als der Tiguan. Der Produkt-Sprecher wollte sich nicht dazu äußern. Eine Studie des Taigun hatte VW 2012 in Brasilien vorgestellt.

Bislang hat Volkswagen zwei reine SUV-Modelle im Angebot: den Touareg und den etwas kleineren Tiguan. Für den US-Markt und China sind zudem noch größere Geländewagen geplant. Kernmarkenchef Herbert Diess hat eine Offensive für Geländewagen angekündigt. Diese liegen bei den Kunden zurzeit im Trend.

JETZT zur AOK wechseln!

Preiswert und leistungsstark!

Wir zahlen 250 Euro pro Jahr zusätzlich*.

*Die AOK Niedersachsen erstattet 80% je Originalrechnung, max. 250 Euro je Kalenderjahr und Versicherten.

Gesundheit in besten Händen www.aok-niedersachsen.de

Droht den Metallern Stellenabbau?

Die Betriebe planen Kürzungen, die IG Metall warnt vor Panik.

Von Heiko Lossie

Hannover. In Niedersachsens wichtigstem Industriezweig droht erstmals seit dem Krisenjahr 2009 ein Stellenabbau. Nur noch etwa jeder sechste Betrieb (16 Prozent) aus der Metall- und Elektrobranche plant einen Jobaufbau, wie aus einer am Freitag in Hannover vorgestellten Umfrage der Arbeitgebervereinigung Niedersachsen-Metall hervorgeht.

Dagegen plane rund ein Drittel der Betriebe, freiwerdende Arbeitsplätze entweder nicht neu zu besetzen oder sogar konkrete Stellenstreichungen vorzunehmen. Das gelte vor allem für Metallbetriebe, die die kriselnde Öl- und Gasindustrie beliefern. Fast ein Drittel der Betriebe sei verunsichert und fahre einen Sparkurs. Die IG-Metall kritisierte die Aussagen umgehend als Panikmache und „ritualisiertes Gejammer“.

Niedersachsen-Metall-Chef Volker Schmidt verwies auf die Krisenherde im Nahen und Mittleren Osten sowie auf die hartnäckige Rezession in wichtigen rohstoffabhängigen Märkten wie Brasilien, Russland, Mexiko und Venezuela. „Dazu kommt die Unsicherheit über das wahre Ausmaß des Abschwungs in China, über die Bewältigung der Zuwanderung von Flüchtlingen nach Europa, über den Ausgang der bevorstehenden Tarifverhandlungen und nicht zuletzt speziell unter den Autozulieferern über das Ausmaß der Absatzkrise bei Volkswagen“, sagte



„Dazu kommt die Unsicherheit über das Ausmaß der Absatzkrise bei VW.“

Volker Schmidt, Geschäftsführer Niedersachsen-Metall.

der Verbandschef.

Bei den Metallern läuft Ende März der Tarifvertrag aus. Die IG Metall will 5 Prozent mehr Geld, sie hält die Argumentation der Arbeitgeber für überzogen, von Krisenstimmung sei gar nichts zu erkennen. Schmidt entgegnete, dass schon die vorherigen Abschlüsse am Limit gewesen seien: „Allein zwischen 2012 und 2015 sind die Tariflöhne in der Metall- und Elektroindustrie um 14 Prozent gestiegen. Gerade der letzte Abschluss war in Niedersachsen höchst umstritten.“

Damals hatte die IG Metall 5,5 Prozent gefordert. Am Ende gab es 3,4 Prozent bei 15 Monaten Laufzeit, die jedoch zwei Nullmonate ohne eine Erhöhung und eine Einmalzahlung beinhalteten. Schmidt warnte, dass sich mitt-

lerweile jedes dritte Unternehmen vorstellen könne, bei einem unzumutbar teuren Tarifabschluss den Flächentarif zu verlassen.

„Dieses ritualisierte Gejammer wird die Beschäftigten nicht davon abhalten, eine angemessene Forderung aufzustellen“, stellte am Freitag IG-Metall-Bezirksleiter Hartmut Meine klar. Derzeit würde in den Betrieben noch der Forderungsrahmen diskutiert. „Während die IG Metall diesen intensiven Prozess führt, betreiben die Arbeitgeber eine unverantwortliche Stimmungsmache und spekulieren düstere Prognosen herbei.“

Schmidt betonte, dass der konsumgetriebene Aufschwung in Deutschland die Lage der Industrie kaschiere. Der Ölpreisverfall sei positiv für die Geldbörsen der Menschen, die Inflation tendiere gegen Null und hohe Tarifabschlüsse mit Reallohngegewinnen ließen den Konsum brummen, wovon die Industrie aber wenig habe. „Denn die privaten Verbraucher kaufen in der Regel keine Schiffsgetriebe oder Werkzeugmaschinen.“

Außerdem beklagte Schmidt schrumpfende Investitionspläne im vierten Jahr in Folge. Fast jedes dritte Unternehmen nehme im Vergleich zum ohnehin schon schwachen Jahr 2015 die Ausgaben, beispielsweise für neue Maschinen, weiter zurück. „Wer pessimistisch in die Zukunft blickt, hält sich auch mit Investitionen zurück“, sagte Schmidt. dpa

Schweres Gerät soll günstigen Leichtbau möglich machen

Die Wolfsburger Forschungsfabrik erhält eine Presse.

Von Johannes Kaufmann

Wolfsburg. Der logistische Aufwand war enorm: „Der Schwertransport mit LKW musste Monate im Voraus angemeldet werden“, sagt Professor Klaus Dilger, Vorstandssprecher der „Open Hybrid Lab Factory“ (OHLF). Nun ist der erste von drei Teilen einer Hybridspritzgusspresse in der Forschungsfabrik in Wolfsburg eingetroffen. Vom Hersteller im österreichischen Linz reiste die Presse über einen Zwischenstopp in Krefeld nach Wolfsburg. Zusammengesetzt wird das Großgerät 350 Tonnen wiegen. Kosten: 5,5 Millionen Euro.

Die 13,5 Meter lange und acht Meter hohe Presse ermöglicht es, große Werkstücke aus verschiedenen Materialien wie Metallen und Kunststoffen für den Fahrzeugbau in einem einzigen Fertigungspro-

zess zu produzieren, erklärt Professor Dilger. Metalle formen, mit Kunststoff umgießen und Fügen – all das leiste das Gerät. „Denkbar wäre etwa die Herstellung eines stabilen Kofferraumbodens mit integriertem Batteriekasten für Elektro-Autos“, gibt Dilger ein Beispiel.

Am Institut für Füge- und Schweißtechnik der TU Braunschweig, das Dilger leitet, gibt es zwar bereits eine solche Presse, doch in viel kleineren Dimensionen. „Die Presse soll die Lücke zwischen universitärer Forschung und industrieller Fertigung schließen“, sagt der OHLF-Sprecher.

In der „Open Hybrid Lab Factory“, an der neben der TU die Fraunhofer-Gesellschaft, VW und weitere Industriepartner beteiligt sind, soll ab Juli kostengünstiger Leichtbau für die Fahrzeugfertigung erforscht werden.



Der Unterholm der Hybridspritzgusspresse wird im Technikum des „OHLF“-Forschungsneubaus in Wolfsburg abgeladen.

Foto: OHLF e.V./Dettlev Wecke

Behörde prüft Bayer-Insektizid

Washington. Der Chemiekonzern Bayer stemmt sich gegen eine Aufforderung der US-Umweltbehörde EPA, den Einsatz des Schädlingsbekämpfers Flubendiamid in den USA zu stoppen. Der Wirkstoff kommt im Bayer-Insektizid Belt zum Einsatz und ist seit 2014 auch in der Europäischen Union zugelassen.

Die US-Umweltbehörde befürchtet, dass der Wirkstoff Wasserorganismen schaden könnte, die in der Nähe von Feldern leben. Bayer hält dagegen, dass das Produkt bereits seit mehr als sieben Jahren ohne Hinweise auf Schäden eingesetzt werde.

Der Konzern lässt es auf eine rechtliche Überprüfung der Zulassung durch die Behörde ankommen. Während der Prüfung darf das Insektizid in den USA weiterhin verkauft und eingesetzt werden. dpa

MENSCHEN

Rolf Martin Schmitz (58)

soll der neue Lenker des Essener Energieriesen RWE werden.

Schmitz soll die „alte“ RWE AG mit den Kohlekraftwerken, dem Braunkohletagebau und der Abwicklung der Atomkraft übernehmen. Der bisherige Vorsitzende Peter Terium werde, wenn der Aufsichtsrat zustimmt, ab April bei der Umstrukturierung des Konzerns die Zukunftsgesellschaft für erneuerbare Energien, Vertrieb und Netze (New-Co) betreuen, hieß es. Terium würde damit weiter zwei Drittel der 60 000 Mitarbeiter führen. dpa

